

mierzzeugung zugute kommen. (SWB/WER, 29, 9.76)

TAIWAN

(58) Taiwan muß die internationale Organisation für Satelliten-Fernmeldewesen (Intelsat) verlassen

Die Volksrepublik China ist anstelle Taiwans in die Intelsat aufgenommen worden. Der Aufnahme stimmten bei der zweiten Intelsat-Versammlung nicht weniger als 95 Staaten zu.

Etwa zur gleichen Zeit verlangte Peking den "unverzöglichen" Ausschluß Taiwans aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Anzuwenden sei hierauf die UNO-Resolution vom 25. Oktober 1971, die die Regierung von Taipei aus der UNO und allen ihren Sonderorganisationen zugunsten von Peking ausschließt.

(59) Doch keine Absicht zur Entwicklung von Atomwaffen

Anläßlich der Gerüchte über die heimliche Aufbereitung von Uranbrennstoffen für Atombomben in Taiwan (vgl. C.a., September 76, S. 442 Ü 50) hat der nationalchinesische Regierungschef, Chiang Ching-kuo, Washington in einem diplomatischen Memorandum versichert, daß seine Regierung bislang über keine Anlage zur Entwicklung von Nuklearwaffen oder für Atomexplosionen verfüge. Sie habe auch nicht die Absicht, irgendetwas hinsichtlich der Aufbereitung von Kernstoffen zu unternehmen. Nach den Worten eines hohen Beamten des State Department vor dem außenpolitischen Ausschuß des US-Senats hat die nationalchinesische Regierung, um Mißtrauen und Befürchtungen zu beseitigen, Washington gebeten, zwei oder drei Experten als Berater nach Taiwan zu entsenden, um dort an Kernforschungsarbeiten teilzunehmen. Das State Department ist mit dieser Garantie Taiwans zufrieden. Auch eine südafrikanische Atommaterialfirma hat inzwischen dementiert, daß Taiwan Atomstoffe aus Südafrika zum Zwecke der Entwicklung von Kernwaffen verwendet. Die für Kernkraftwerke bestimmten Atomstoffe — so die Firma — unterlägen der Kontrolle der Internationalen Atomenergieagentur und seien auch für die Herstellung von Atombomben nicht geeignet. (CJ 24.9.76)

(60) Lebensstandard

Nach einer Stichprobe, die der "Harvard Management Service, Inc." unter 2 000 Haushalten durchgeführt hat, besitzen 39,3 % aller Familien in Taiwan Farbfernsehergeräte. Bei anderen Gütern und Einrichtungen des gehobenen Bedarfs stellte die Untersuchung bei den Familien fest, daß 58,5 % über Waschmaschinen, 87,8 % über Kühlschränke, 9,9 % über Klimaanlageanlagen, 38,2 % über Gasheizkörper, 54,1 % über Kofferradios und Kassettenrecorder verfügten (FCW 76/No. 35). Das Pro-Kopf-Einkommen in Taiwan betrug im Vorjahr durchschnittlich 706 US-Dollar. Ein Farbfernseher kostet rund 600 US-Dollar, das entspricht ungefähr einem Lehrergehalt für 3 bis 4 Monate. In Taiwan herrscht eine

starke Konsumeuphorie.

(61) Neue Investitionen von Philips

Die niederländische Firma, M.V.Gloeilampen-Fabriken, investiert zur Herstellung von Röhren für Farbfernseher in Taiwan 21 950 000 US-Dollar. Die Gesamtkosten des Projekts betragen rund 52 000 000 US-Dollar, Der Rest von 30 Mio. US-Dollar wird durch Bankkredite abgedeckt. Philips hat bereits in Taiwan ein Werk mit 1 600 Beschäftigten. Der neue Betrieb wird zusätzlich 800 Arbeitsplätze schaffen. Die Bauarbeiten beginnen noch im Dezember 76 und werden zwei Jahre dauern. Es ist geplant, jährlich 900 000 Röhren für Farbfernseher herzustellen. (FCW, 76/No. 34)

* * *

Taipei — Peking

(62) Deutschland-Formel

Seit einiger Zeit wird unter einigen China-Experten über eine Lösung der Chinafrage nach der Deutschland-Formel diskutiert. Der ehemalige stellvertretende Direktor des CIA, Ray Cline, hat zunächst angeregt, daß die USA ihre Deutschlandpolitik — d. h. Beziehungen zu zwei deutschen Staaten — auch auf China anwenden und diplomatische Beziehungen zu Peking aufnehmen sollen, ohne jedoch das bisherige Verhältnis zu Taiwan zu unterbrechen. Allerdings ist diese These im Grunde nicht neu. Schon in den fünfziger und sechziger Jahren hat man in den USA von "Zwei China" oder "Ein China, ein Taiwan" gesprochen. Im Shanghaier Kommuniqué vom 27.2.1972 akzeptierten die USA "den Standpunkt aller Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist". Mit dieser Formel hatten die USA den Gedanken, an "Zwei China" praktisch aufgegeben. Mit der neuen Anregung geht Cline offenbar davon aus, daß man mit der Normalisierung der Beziehungen Peking-Washington einen Ausweg aus der bisherigen Stagnation finden könne.

Den Anstoß zu diesem Gedanken hat Cline direkt der Deutschlandpolitik der Regierung Brandt entlehnt, die die Formel von "einer deutschen Nation, zwei deutschen Staaten" aufgebracht hatte, d. h. die Anerkennung des Status quo von zwei Staaten einer Nation ohne Verzicht auf die Möglichkeit einer nationalen Wiedervereinigung. Da aber Peking jegliche "Zwei-China"-Formel — einschließlich der Konstruktion "Ein China, zwei Regierungen" ablehnt und die Lösung der Taiwanfrage als rein innerchinesische Angelegenheit betrachtet, fordert man statt der "Brandt"-Formel die Anwendung der "Adenauer-Formel" auf China, d. h. daß Peking oder Taiwan im Hinblick auf die Beziehungen zu Washington eine Ausnahme von der chinesischen "Hallstein-Doktrin" machen könnte, so wie auch Adenauer 1955 trotz der "Hallstein-Doktrin" diplomatische Beziehungen zu Moskau aufgenommen hat. Einer der Befürworter dieser Theorie ist Jürgen Domes. Die "Deutschland-Formel" hat in Taiwan einiges Echo gefunden. Die Regierung hat schon

mehrfach angedeutet, daß ihretwegen die USA die Beziehungen zu Peking normalisieren könnten, sofern die Beziehungen zu Taiwan nicht angetastet würden. Zeitungskommentatoren halten die "Deutschland-Formel" ganz offen für akzeptabel. Sie beabsichtigen damit jedoch keine prinzipielle Veränderung ihres Standpunktes hinsichtlich des "Einen China". Vielmehr stellt dies einen taktischen Versuch dar, den Vollzug diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Washington zu verhindern. Denn wie man weiß, will Peking von seiner starken Position aus wohl kaum von seinem Standpunkt zur Taiwanfrage abweichen. Schon eine chinesische Doppelrepräsentation bei den Olympischen Spielen erwies sich für Peking bislang als inakzeptabel, und dies gilt in weit stärkerem Maße für eine Doppelrepräsentation in den USA. Daß auch Taiwan nicht mit ganzem Herzen an eine Lösung nach der "Deutschland-Formel" denkt, zeigt sich andererseits daran, daß die nationalchinesische Regierung die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung nach wie vor mit strengen Maßnahmen unterdrückt und andererseits daran, daß sie es ablehnt, das Handels- und Verhandlungsangebot Pekings, das vor allem durch den US-Senator Hugh Scott übermittelt worden war, überhaupt in Erwägung zu ziehen (FEER, 10.9.76; LH 30.9.76; CSh 27.9.76; CJ 18.9.76; vgl. C. a. 76/Sept., S. 443, Ü 56; 76/ Ju li, S. 328f., Ü 52 und 76/ März, S. 76, Ü 54).

(63) Taiwan verstärkt "psychologische Kriegsführung" und "Geheimdienstaktivitäten" gegen die VR China

Die Regierung Taiwans hat ihre Geheimdienstaktivitäten auf dem Festland verstärkt, heißt es in einer Stellungnahme des Exekutiv Yuan vom 7.9.76. Auch werden, wie es heißt, die "kämpfenden Einheiten hinter den feindlichen Linien verstärkt".

Die Regierung unternehme alle notwendigen Anstrengungen und Vorbereitungen, sich die günstige Gelegenheit zunutze zu machen, die durch die "Kampagne gegen die Wegbereiter des Kapitalismus", den T'ien-an-men-Aufstand und die jüngste Serie von Naturkatastrophen geschaffen wurde, um "dem Peiping-Regime einen tödlichen Schlag zu versetzen". Im Verlauf der Vorbereitungen habe die Regierung bereits eine "totale Reorganisation und Umstellung aller Regierungstützpunkte auf dem Festland durchgeführt". Daneben seien Schritte unternommen worden, um die Technik der geheimdienstlichen Nachrichtenbeschaffung zu verbessern, die Informationsquellen auszubauen und antikommunistische Aufstände zu unterstützen (CNA v. 8.9.76).

Unter Bezugnahme auf den Tod Mao Tse-tungs betonte der nationalchinesische Verteidigungsminister Kao Kuei-yuan am 24.9.76 erneut die Absicht seiner Regierung die "psychologische Kriegsführung" gegen das Pekinger Regime zu verstärken. Als wirkungsvollste Waffe bei der "psychologischen Entwaffnung" des Feindes hätten sich dabei, wie der Minister erklärte, "Höhenballons erwiesen, welche Materialien der psychologischen Kriegsführung (gemeint sind Pamphlete, Propagandaschriften u.ä.) aufs Festland tragen, da die kommunistischen Behörden sie nur mit Schwierigkeit abfangen könnten".

Die Ballons seine dabei in der Lage, praktisch jeden Winkel der VR China zu erreichen.

Zusätzlich zur psychologischen Kriegsführung würde das freie China auch seine Geheimdienstoperationen auf dem Festland verstärken, fuhr der Minister fort, ohne nähere Angaben zu machen. Wie schon in der Vergangenheit so oft vergeblich stützt Taiwan seine Hoffnung dabei auf einen bevorstehenden Umsturz von "innen": Peking habe die Massen auf dem Festland versklavt, indem es "ihren Geist, ihre Hände und Füße und ihre Mägen an die Kette legte", sagte Kao, "Gedanken- und Bewegungsfreiheit seien nicht gewährt, und das Volk müsse bis in alle Ewigkeit unter einem Rationierungssystem leben". Unter derartigen Umständen sei es nur natürlich, daß die Bevölkerung der Volksrepublik einschließlich der kommunistischen Kader, in einer "aufrührerischen Stimmung" sei (CNA v. 24.9.76 nach SWB v. 27.9.76).

(64) Erdbebenhilfe per Ballon

Da Taiwan die erdbebengeschädigten Landsleute auf dem Festland nicht offiziell unterstützen konnte, wurden von der Küsteninsel Quemoy (Kinmen) eine Million Ballons mit Hilfspaketen auf die Reise in die etwa 1 400 km nördlich liegende Provinz Hopei geschickt. Nach taiwanesischen Angaben sollen zahlreiche der Ballons angekommen sein und die kommunistischen Kader in Panik versetzt haben. In den erdbebengeschädigten Städten Tangshan, Tientsin und Peking sollen besondere Beobachtungsposten eingerichtet worden sein, um die Pakete abzufangen und Militärpatrouillen sollen gemeldete Pakete eingesammelt haben. Die Bevölkerung wurde, nach taiwanesischen Meldungen, zur Ablieferung der Pakete durch Plakate veranlaßt, in denen darauf hingewiesen wurde, daß die Pakete Krankheitserreger enthielten, mit denen Seuchen erzeugt werden sollten (SWB, 31.8, 8.9. und 10.9.76).

(65) Bericht Taiwans über Maos letzte Instruktionen

Am 5.10.76 gab die taiwanische Nachrichtenagentur CNA Einzelheiten über ein Dokument bekannt, daß angeblich die letzten Instruktionen Mao Tse-tungs enthielt. Danach habe Mao Tse-tung Anfang Juni seinen Anhängern erklärt, daß es nach seinem Tod eine kollektive Führung, aber keine "Präsidentschaft" geben solle. Es solle dem Politbüro überlassen bleiben, ob Chiang Ch'ing dazu zählen solle. Dem Dokument zufolge habe Mao erklärt, daß er kein Testament hinterlassen wolle: Ch'in Shih-huang, der erste Kaiser der Ch'in-Dynastie — eine Anspielung, mit der Mao Tse-tung des öfteren bezeichnet worden war — habe ein Testament hinterlassen und das sei durch seinen Premier gefälscht worden. Mao habe dem taiwanesischen Bericht zufolge, seinen Wunsch ausgedrückt, daß seine Überreste nach Hsiangtan (Provinz Hunan) gebracht werden und dazu erklärt, daß er keine Furcht davor habe, daß sein Leichnam nach seinem Tod "gepeitscht" (pien) d. h. desekriert werde (SWB v. 8.10.76).